

Positionierung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) und der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zum Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Wissenschaftskommunikation¹

19.06.2020

Vorbemerkung

Am 06.12.2019 wurde die „Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken (Mitteilung vom 14. November 2019)“ als Reaktion auf das Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation des BMBF veröffentlicht. In diesem von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie federführend entwickelten Papier erkennen die Fachgesellschaften die wichtige Rolle öffentlicher Wissenschaftskommunikation an und benennen thesenhaft Chancen aber auch Risiken, die mit den vom BMBF geforderten Maßnahmen für Wissenschaft und Gesellschaft einhergehen können.

Das vorliegende Papier von DGPuK und DGS schließt an o.g. Stellungnahme der Fachgesellschaften an und entwickelt schwerpunktmäßig Empfehlungen für konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen für die Förderung von Wissenschaftskommunikation in Deutschland, die sich aus der vorhandenen Expertise der Wissenschaftskommunikationsforschung auf Basis theoriegeleiteter empirischer Forschung ableiten lassen. Diese Handlungsempfehlungen basieren auf einer grundlegenden Zustimmung zu den von der DGS vorgetragenen Chancen und Risiken des durch das Grundsatzpapier des BMBF initiierten Prozesses zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation.

Erklärung

Wissenschaft ist als Forschung und Lehre Teil von Gesellschaft und stellt dieser ihre Erkenntnisse zur Verfügung. Wissenschaftskommunikation im Sinne einer öffentlichkeitswirksamen Kommunikation über wissenschaftliches Wissen, Methoden, Akteure und Praktiken ist dabei eine Übersetzungsleistung zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Feldern. Aus unserer Sicht muss jede strukturelle Weiterentwicklung von Wissenschaftskommunikation daher insbesondere die Wahrung der Interessen von Gesellschaft *und* Wissenschaft gleichermaßen bedienen. Im Sinne der im Grundsatzpapier betonten Relevanz wissenschaftlicher Evidenz für die politische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit sollte das Ministerium die in der Wissenschaftskommunikationsforschung bereits bestehende Expertise nutzen (z.B.

¹ Das Papier basiert maßgeblich auf der Vorarbeit von Expert*innen aus der Fachgruppe Wissenschaftskommunikation der DGPuK. Unser Dank dafür gilt Dr. Andreas Scheu & Dr. Birte Fähnrich, für die Formulierung und Koordination des Erstentwurfs sowie den Kolleg*innen, deren wertvolle Rückmeldungen in diese Stellungnahme eingeflossen sind: Prof. Dr. Bernd Blöbaum, Dr. Tobias Boll, Prof. Dr. Michael Brüggemann, Dr. Martina Franzen, Prof. Dr. Annette Leßmöllmann, Prof. Dr. Frank Marcinkowski, Prof. Dr. Julia Metag, Prof. Dr. Michaela Pfadenhauer, Prof. Dr. Senja Post, Prof. Dr. Simone Rödder, Prof. Dr. Mike S. Schäfer, Prof. Dr. Hannah Schmid-Petri, Prof. Dr. Dominik Schrage, Prof. Dr. Jens Wolling.

zur Wirkung von Kommunikationsmaßnahmen, zu disziplinären Kommunikations- und Publikationskulturen, zu Aktivitäten verschiedener wissenschaftlicher Akteure, zu Erwartungen verschiedener Publika und ihren heterogenen Rezeptionsmuster, zu den Entwicklungen des Wissenschaftsjournalismus). Entscheidungen über die Förderung von Wissenschaftskommunikation sollten daraus entwickelt und auf Forschungsergebnissen aufgebaut sein. Auf dieser Basis ergeben sich aus Sicht der unterzeichnenden Fachgesellschaften folgende vier Handlungsfelder, auf denen das BMBF tätig werden bzw. deren Bearbeitung es initiieren sollte:

1. Umfassende Bestandsaufnahme des Status quo

Die im Grundsatzpapier beschriebene Forderung nach einem „Wandel hin zu einer kommunizierenden Wissenschaft“ impliziert eine Defizitdiagnose. Es scheint, dass das Ministerium gegenwärtig der Ansicht ist, es bestünde ein „zu Wenig“ an Wissenschaftskommunikation oder es fehle der Wissenschaft an der notwendigen Öffentlichkeitsorientierung. Im Fokus des Ministeriums steht dabei insbesondere die institutionalisierte Wissenschaft, die sich stärker in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen soll. Unklar bleibt dabei, welches Verständnis von Wissenschaftskommunikation einer solchen Defizitdiagnose zugrunde liegt, woran das Ministerium diesen Mangel an institutioneller Wissenschaftskommunikation bemisst und auf welcher empirischen Basis diese Diagnose getroffen wurde.

Wir regen daher einerseits eine umfassendere Berücksichtigung bestehender empirischer Forschung zu den Entwicklungen der Wissenschaftskommunikation an sowie andererseits die systematische Unterstützung wissenschaftlicher Initiativen, die relevante Fragestellungen auf allen institutionellen Ebenen untersuchen. Dazu gehören bestehende Aktivitäten der zentralen Kommunikationsabteilungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ebenso wie dezentralen Strukturen von Wissenschaftsorganisationen, z.B. an Lehrstühlen, Instituten und Forschungsbereichen. Zudem sollte der faktische und mögliche Einfluss der institutionalisierten Wissenschaft (also insbesondere der Wissenschaftsorganisationen sowie individueller Wissenschaftler*innen) auf die öffentliche Wahrnehmbarkeit von Wissenschaft sowohl kritisch reflektiert als auch empirisch untersucht werden. Denn in den vergangenen Jahren hat sich Wissenschaftskommunikation im Kontext der Digitalisierung stark ausdifferenziert. Es hat sich sowohl die Vielfalt der Kommunikationskanäle und Formate deutlich erhöht als auch das Spektrum relevanter Akteur*innen jenseits des klassischen Wissenschaftsjournalismus deutlich erweitert. Diese ungebrochene Dynamik ist bei allen wissenschaftspolitischen Initiativen zur Wissenschaftskommunikation angemessen zu berücksichtigen und eine Engführung des Begriffes zu vermeiden.

2. Reflexion und Konkretisierung von Zielen

Im Grundsatzpapier des BMBF werden Ziele, die durch die Förderung von Wissenschaftskommunikation erreicht werden sollen, nur sehr unspezifisch definiert. Auch hier liegen Studien vor, die sich mit den Leistungen beschäftigen, die Wissenschaftskommunikation für Akteur*innen aus Wissenschaft und außerwissenschaftlichen Anspruchsgruppen erbringen kann. Hierbei gilt, dass unterschiedliche Leistungen über unterschiedliche Formen der Wissenschaftskommunikation erreicht werden. Die im Grundsatzpapier aufgeführten Maßnahmen rekurren nicht auf konkrete Ziele, sondern setzen voraus, dass *mehr* Wissenschaftskommunikation und die Diversifizierung von Formen von Wissenschaftskommunikation förderlich sind – für wen oder was, ist nicht klar. In diesem Zusammenhang ist auch die pauschale Unterstellung einer uneingeschränkten Nachfrage nach Wissenschaftskommunikation durch die breite Öffentlichkeit, wie sie im Grundsatzpapier impliziert wird, empirisch nicht haltbar und reflexionsbedürftig. Gefragt ist ein differenzierter Blick auf Erwartungen, Motive und Nutzungskontexte unterschiedlicher Anspruchsgruppen. Ohne konkrete Zielsetzung bleiben die geforderten Maßnahmen somit vage, erscheinen willkürlich und laufen Gefahr, zum Selbstzweck zu werden. Eine substantielle Evaluation der Maßnahmen ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Die bestehende Indifferenz von Zielen und Motiven ist zudem vor dem Hintergrund der öffentlichen Finanzierung wesentlicher Teile von Wissenschaftskommunikation problematisch. Hier besteht bereits Evidenz, die als politische Entscheidungsgrundlage herangezogen werden kann. Das BMBF sollte daher im Austausch mit Wissenschaftskommunikationsforschung und -praxis konkrete Zielkataloge erarbeiten. Neben einer Explikation von Zielen für die Wissenschaftskommunikation sollten auch Motive der politischen Förderung von Wissenschaftskommunikation klarer reflektiert und benannt werden. Wissenschaft pauschal auf mehr Kommunikation zu verpflichten, ist allein nicht zielführend.

3. Anreizmechanismen für individuelle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Im Grundsatzpapier werden individuelle Forschende als primäre Kommunikator*innen angesprochen. Es wird gefordert, dass diese dazu befähigt und ermutigt werden sollen, mit der Öffentlichkeit in den Dialog zu treten. Der vorliegende Forschungsstand zeigt, dass Wissenschaftler*innen Wissenschaftskommunikation überwiegend befürworten. Dennoch zeigt sich auch, dass vor allem mangelnde zeitliche Ressourcen aufgrund hoher Forschungs-, Lehr- und Gremienbelastung eine aktivere Beteiligung vieler Wissenschaftler*innen an Wissenschaftskommunikation kaum zulassen. Die im Grundsatzpapier angeführten Maßnahmen gehen nicht darauf ein, wie dieses Kommunikationshindernis adressiert werden kann. Die Hinweise auf notwendige Veränderungen der Reputationslogiken der wissenschaftlichen Selbstverwaltung und die Schaffung von Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb verweisen stattdessen darauf, dass vor allem die Rollenerwartungen an Forschende ausgeweitet werden sollen. Ohne einen Ausbau an Ressourcen – für mehr Arbeit wird schlichtweg mehr Zeit benötigt – wird die Umsetzung solcher Maßnahmen vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs unnötig weiter unter Druck setzen. Das Ziel eines wissenschaftspolitisch motivierten Ausbaus der Wissenschaftskommunikation ist aus unserer Sicht nur dann möglich, wenn Wissenschaftsakteur*innen entlastet und entsprechende (Unterstützungs-)Strukturen geschaffen bzw. systematisch gestärkt und Ressourcen bereitgestellt werden. Notwendig erscheint uns vor diesem

Hintergrund ein Überdenken von Anreizmechanismen innerhalb wissenschaftsinterner Governancestrukturen. Gangbare Modelle wären beispielsweise die Anerkennung von Wissenschaftskommunikation durch die Entlastung von Lehrverpflichtungen bzw. Gremienarbeit oder dort, wo es sinnvoll ist, auch eine hochschulbezogene Zuweisung von Fördermitteln für Wissenschaftskommunikation, die dann innerhalb der Hochschulen an aktive Wissenschaftler*innen ausgeschüttet werden könnte. Dabei muss jedoch stets eine Balance von Anreizen und Kriterien wissenschaftlicher Exzellenz und Relevanz gewahrt bleiben; Anreize dürfen also nicht dazu führen, dass Forschungsprojekte überwiegend nach Kriterien der Öffentlichkeitswirksamkeit ausgesucht und andere Ziele von Forschung verdrängt werden. Hierbei ist auch zu bedenken, dass der Wissenschaftsjournalismus eine wichtige Vermittlungsleistung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft erbringt und damit einzelne Wissenschaftler*innen entlastet. Die kritische ökonomische Lage vieler Medienunternehmen, die journalistische Produkte herausgeben, erschweren diese Vermittlungsleistung. Solche Entwicklungen sollten im Hinblick auf die Planung von Maßnahmen guter Wissenschaftskommunikation reflektiert werden, um die Vermittlung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft nachhaltig zu sichern und zu stärken.

Weitere Befunde der Forschung zum Kommunikationsverhalten individueller Wissenschaftlerinnen zeigen, dass die Wahrnehmung, selbst nicht über ausreichende Kommunikationskompetenzen zu verfügen, die Bereitschaft zur Wissenschaftskommunikation verringert. Deutschland vernachlässigt hinsichtlich der strukturellen Ausstattung bei der Ausbildung von (Nachwuchs-)Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern den Bereich Wissenschaftskommunikation – insbesondere im Vergleich zum angloamerikanischen Raum. Hier wäre eine Institutionalisierung entsprechender Ausbildungsangebote wichtig. Vorstellbar wären auch die Entwicklung zusätzlicher wissenschaftlicher Stellenprofile, die Vermittlungsaufgaben stärker berücksichtigen (z.B. im Sinne einer Ausstattung von Professuren mit zusätzlichen Vermittlungsressourcen) sowie die Bereitstellung von Ressourcen auf Organisationsebene, die diese Maßnahmen unterstützen.

4. Evaluation und langfristige Qualitätssicherung

Im Grundsatzpapier des BMBF wird thematisiert, was gute Wissenschaftskommunikation leisten soll: Nicht nur Ergebnisse vermitteln, sondern auch Prozesse und Methoden wissenschaftlicher Arbeit transparent machen und dabei die Komplexität und Vorläufigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen thematisieren. Wissenschaftskommunikation muss dabei zwischen unterschiedlichen Ansprüchen von Kommunikator*innen und Rezipient*innen vermitteln. Hierbei erscheint es uns wichtig, Wissenschaftskommunikation einerseits systematisch und unabhängig zu evaluieren und in die Etablierung standardisierter Verfahren zur Erfolgskontrolle zu investieren sowie bestehende Kriterien für Erfolg zu überdenken und ggf. neu zu fassen, um Fehlentwicklungen gegensteuern zu können. Diese Aufgabe sollte nicht bei den kommunizierenden wissenschaftlichen Akteur*innen liegen, sondern grundsätzlich unter Einbezug wissenschaftlicher (Begleit-)Forschung erfolgen. Zentrale Voraussetzung ist unseres Erachtens dabei eine systematische institutionelle Förderung der Wissenschaftskommunikationsforschung im Sinne eines nachhaltigen Capacity Building (Einrichtung von Professuren,

Ausschreibung von Förderrichtlinien und -programmen, systematische Nachwuchsförderung), die im Grundsatzpapier angedeutet aber nicht expliziert wird.

Darüber hinaus erscheint uns eine intensiviertere Analyse und Diskussion funktionaler und dysfunktionaler Folgen des politisch motivierten Ausbaus von Wissenschaftskommunikation innerhalb der Wissenschaft geboten. Das BMBF hat unter dem Titel „Neue Governance der Wissenschaft“ entsprechende Forschung gefördert. Eine Intensivierung interdisziplinärer Wissenschaftskommunikationsforschung könnte hier eine wichtige Grundlage für eine evidenzbasierte Reflexion dieser Fragen liefern.

5. Empfehlungen zur Umsetzung der identifizierten Handlungsfelder

Ein zentrales Anliegen der unterzeichnenden Fachgesellschaften ist es, zu einer evidenzbasierten Förderung von Wissenschaftskommunikation beizutragen. Gemeinsam möchten wir die künftige strukturelle Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation unterstützen und die Expertise der von uns vertretenen Fächer zugunsten eines Entwicklungsprozesses im Sinne von Gesellschaft und Wissenschaft in die Wissenschaftspolitik einbringen. Zur Etablierung eines konstruktiven Austauschs zwischen Politik und Fachgesellschaften werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Initiierung und Verstetigung eines Dialogs zwischen BMBF und Fachgesellschaften, u.a. durch die Etablierung von Fachveranstaltungen und Austauschformaten.
2. Förderung des regelmäßigen Austauschs zu Aufgaben und Vorgehen aus Sicht unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen, mit dem Ziel einer breiten Klärung der Mittel und Möglichkeiten von Wissenschaftskommunikation.
3. Vermittlung von Expert*innen durch Wissenschaftsinstitutionen für Expertisen und Konsultationen aus Gesellschaft, Politik und Journalismus.
4. Die systematische Aufbereitung des Forschungsstandes zu bestimmten Themenfeldern der Wissenschaftskommunikation
5. Einrichtung von Beratungsgremien unter Beteiligung von Wissenschaftskommunikationsforscherinnen und -forschern
6. Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und Entwicklung (Konsultation von Experten, Vergleichsstudien)
7. Kontinuierliche Evaluation des hier skizzierten Maßnahmenpakets.

Für die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK)

Prof. Dr. Lars Rinsdorf, Vorsitzender

Für die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Vorsitzende

Weitere unterstützende wissenschaftliche Fachgesellschaften:

Deutsche Gesellschaft für Philosophie (DGPhil)

Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)

Deutsche Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie (DGSKA)
Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA)
Deutsche Gesellschaft für Volkskunde (dgv)
Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)
Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)
Gesellschaft für Hochschulgermanistik im Deutschen Germanistenverband (GfH im DGV)
Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM)
Gesellschaft für Populärmusikforschung (GfPM)
Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW)
Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD)
Verband Deutscher Kunsthistoriker

Kontakt über

Dr. Sonja Schnitzler, DGS-Geschäftsstelle, sonja.schnitzler@kwi-nrw.de, #0201-1838138